

## NIEDERSCHRIFT

über die 4. Sitzung des Ausschusses für Personal, Organisation und Frauengleichstellung

|      |                          |
|------|--------------------------|
| vom: | 13.02.2001               |
| von: | 16.00 Uhr                |
| bis: | 19.36 Uhr                |
| Ort: | Rathaus Siegen, Ratssaal |

Anwesend waren:

I. Vom Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung:

Stv Dr. Holzäpfel, Heinz - als Vorsitzender  
AM Bialowons-Sting, Eva-Marie  
AM Dittrich, Karl-Heinz  
Stv Gelber, Gunther  
Stv Gerlach, Heinrich  
Stv Gierlich, Michael  
AM Kessler, Irene  
AM Löwenberg, Horst  
Stv Mues, Steffen  
Stv Schneider, Manfred  
Stv Schwarz-Schumann, Helga  
Stv Sonntag, Hartmut  
Stv Zips, Joachim

II. Beratende Mitglieder:

AM Bosch, Erna  
Stv Nauck, Gerda

III. Als Zuhörer:

AM Vetter, Eckhard  
AM Wehn, Wolfgang

IV. Vom Personalrat:

StAI Müller  
VA Fronius  
VA Vogt

V. Von der Verwaltung:

BM Stötzel  
StR Dr. Rohr  
Städt. OVR Lehmann  
Städt. VR Weber  
Gleichstellungsbeauftragte Dellori  
VA Bernshausen  
VA Wehler  
StOI Born  
StAR Münker - als Schriftführerin

**A      ÖFFENTLICHE SITZUNG****1.      Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (UWG)**

Zur Mitunterzeichnung wird Frau Bialowons-Sting bestimmt.

4. AfPOF 13.02.2001

**2.      Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 19.09.2000**

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

4. AfPOF 13.02.2001

**3.      Fragestunde**

Es liegen keine Anfragen vor.

4. AfPOF 13.02.2001

**4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung**

Es liegen keine Anträge vor.

4. AfPOF 13.02.2001

**5. Beratung der Haushaltstellen des UA 1.025 in der Zuständigkeit als Fachausschuss**

Vorlagenr. 944/01 - Vorlage vom 29.01.2001

- ◆ ◆ Der Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung nimmt die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Haushaltsansätze zur Kenntnis.

4. AfPOF 13.02.2001

**6. Beratung der Haushaltsstellen in der Zuständigkeit als Fachausschuss**

Vorlagenr. 945/01 - Vorlage vom 24.01.2001

HSt. 1.020.6580.8 - Prämien für Verbesserungsvorschläge

Auf Bitte von Herrn Schneider ist eine Übersicht des Jahres 2000 der Niederschrift als Anlage beigefügt.

HSt. 1.060.6520.9 - Post- und Fernmeldegebühren

Die Beantwortung der Frage von Herrn Löwenberg nach der Ursache für die erhebliche höhere Veranschlagung im Vergleich zum Jahr 1999 ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

- ◆ ◆ Der Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung nimmt die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Haushaltsansätze zur Kenntnis.

4. AfPOF 13.02.2001

**7. Produkt/Leistung 0410 Frauenförderung - Berichtswesen/Controlling zum 31.12.2000**

Vorlagennr. 946/01 - Vorlage vom 29.01.2001

Auf die Frage von Frau Schwarz-Schumann erläutert Herr Lehmann, dass in den letzten Jahren von unterschiedlichen Werten bei der Ermittlung der Beschäftigten-zahlen ausgegangen wurde. Zukünftig sollen die für den Frauenförderplan erarbeiteten Daten zu Grunde gelegt werden. Diesem sind auch weitere Erläuterungen zu entnehmen.

Herr Löwenberg weist auf den hohen Drittmittel- bzw. Refinanzierungsanteil im Budget der Gleichstellungsstelle hin und betont, dass dieser Faktor bei der Betrachtung der Personalkosten insgesamt einen höheren Stellenwert haben sollte.

Die Ausschussmitglieder begrüßen übereinstimmend die sehr informative, übersichtliche und nachvollziehbare Darstellung der Arbeit der Gleichstellungsstelle.

- ◆ ◆ Im Rahmen des für die Stadtverwaltung geltenden Berichtswesens nimmt der Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung als Fachausschuss den Bericht zur Arbeit der Gleichstellungsstelle zum Stand 31.12.2000 zur Kenntnis.

4. AfPOF 13.02.2001

**8. Frauenförderplan der Stadtverwaltung Siegen**

Vorlagennr. 947/01 - Vorlage vom 25.01.2001

Herr Lehmann weist auf die in der Sitzung vorgelegte Änderung der Seite 37/38 hin, die das Ergebnis der Erörterung mit der Gleichstellungsbeauftragten und dem Personalrat beinhaltet. Die Maßnahmen des Frauenförderplan sollen auch im Entsorgungsbetrieb umgesetzt werden.

Frau Schwarz-Schumann stellt fest, dass die Maßnahmen mit ihren Konsequenzen sehr zurückhaltend formuliert sind und das Erreichen der Ziele einen langen Zeitraum in Anspruch nehmen wird. Dennoch ist die Verabschiedung des Frauenförderplans ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Der als Tischvorlage vorgelegten Änderung kann die SPD-Fraktion zur Zeit nicht zustimmen, da dieser Kompromiss zu weitgehend und zu unkonkret ist.

**Beschlussvorschlag (mit Änderung):**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt den Frauenförderplan der Stadtverwaltung Siegen unter Berücksichtigung der Änderung unter Ziffer 3.2 (Seite 37 und 38) und beauftragt die Verwaltung, die Maßnahmen des Frauenförderplanes umzusetzen.

**Beratungsergebnis: 7 Stimmen dafür, 4 dagegen, 2 Enthaltungen**

4. AfPOF 13.02.2001

**9. Mittelfristiges Personalkostenkonsolidierungskonzept 2001**

Vorlagenr. 937/01 - Vorlage vom 23.01.2001

**Diskussion der einzelnen Vorschläge:****Wiederbesetzungssperre**

Herr Gierlich hält eine Wiederbesetzungssperre für machbar, sofern der Verwaltung die Möglichkeit gegeben wird, im Einzelfall unter Berücksichtigung der jeweiligen Gegebenheiten zu entscheiden.

Herr Löwenberg könnte dem Vorschlag zustimmen, wenn eine Wiederbesetzung nach 6 Monaten gewährleistet ist. Erfahrungsgemäß sind Stellen jedoch weit über diesen Zeitraum unbesetzt. Darüber hinaus ist eine differenzierte Betrachtung z. B. dahingehend erforderlich, inwieweit Refinanzierungsmöglichkeiten bestehen oder die Aufgabenerledigung Einnahmen zugunsten des städtischen Haushalts nach sich zieht.

---

**Beförderungssperre**

Die CDU-Fraktion beantragt, bei der Beförderungssperre keine Staffelung vorzunehmen sondern generell für die Besoldungsgruppen A 10 bis A 16 eine einjährige Sperre vorzusehen, so Herr Dittrich.

Herr Schneider lehnt eine Beförderungssperre ab.

---

**Bedarfsorientierte Ausbildung / Übernahme von Auszubildenden**

Die mittelfristige Ausbildungsplanung hat zum Ziel, so Herr Lehmann, frühzeitig Nachwuchskräfte mit einem hohen Leistungsniveau einstellen zu können. Verwaltungsseitig ist vorgesehen, in der nächsten Sitzung auf Grund der derzeitigen Altersstruktur eine neue Planung vorzulegen.

Für das Jahr 2001 konnten alle Stellen besetzt werden.

Herr Gierlich hält es für erforderlich, den Umfang der Ausbildung auf den tatsächlichen Bedarf abzustellen. Er beantragt daher, dem Ausschuss zur nächsten Sitzung unter Berücksichtigung der zu erwartenden Fluktuation einen neuen mittelfristigen Ausbildungsstellenplan vorzulegen. Eine Ausbildung über den Bedarf hinaus erfolgt zur Zeit nicht.

Herr Mues ergänzt, dass der Vorschlag vor dem Hintergrund der einjährigen Beschäftigungsverpflichtung nach Beendigung der Ausbildung unterbreitet wird.

Herr Schneider entgegnet, dass den Jugendlichen insbesondere die Möglichkeit gegeben werden sollte, unmittelbar nach dem Schulabschluss einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Darüber hinaus ist eine vorausschauende Einplanung von Nachwuchskräften für zeitnahe Stellenbesetzungen erforderlich.

---

**Optimierung der Verwaltungsorganisation / Aufgabe nicht konkurrenzfähiger Einrichtungen**

Herr Schneider vermisst Angaben zu den Ausgangsdaten sowie konkretere Aussagen zur Personalkostenkonsolidierung. Bei der Optimierung der Verwaltungsorganisation sollte es vor der Schließung von Einrichtungen zunächst Zielsetzung sein, die Konkurrenzfähigkeit zu erhalten bzw. zu erreichen. Mit einem zentralen Gebäudemangement können seines Erachtens erhebliche Synergieeffekte erzielt werden.

Für Herrn Löwenberg haben die Ausführungen zur Optimierung der Organisation wenige Aussagekraft und er bezweifelt die Erfolgsaussichten. Auch in diesem Bereich ist die Ausschöpfung von Refinanzierungsmöglichkeiten nicht berücksichtigt.

Frau Bialowons-Sting schließt sich den Ausführungen bezüglich der Organisationsverbesserungen an.

---

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnt den Verwaltungsvorschlag insgesamt ab, so Herr Löwenberg, da dieser nicht ausgereift ist.

**Beschlussvorschlag (mit Änderungen):**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt das vorgelegte Personalkostenkonsolidierungskonzept 2001 und beauftragt die Verwaltung, entsprechend der Empfehlungen zu Ziffer 4.1 bis 4.7 der Vorlage unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen unter Ziffer 4.2 und 4.3 zu verfahren.

4.2: Für die Besoldungsgruppen A 10 bis A 16 wird eine einjährige Beförderungssperre verhängt.

4.3 Eine Ausbildung über den Bedarf hinaus erfolgt derzeit nicht.  
Die Verwaltung wird beauftragt, zur nächsten Sitzung einen neuen mittelfristigen Ausbildungsstellenplan unter Berücksichtigung der Fluktuation vorzulegen.

Beratungsergebnis: 7 Stimmen dafür (CDU), 5 dagegen (SPD, GRÜNE),  
1 Enthaltung (UWG)

4. AfPOF 13.02.2001

10. **Stellenplan der Stadtverwaltung Siegen**  
**1. Stellenplan 2001**  
**2. Mittelfristiger Ausbildungsstellenplan 2001 - 2005 (Fortschreibung)**

Vorlagenr. 936/01 - Vorlage vom 23.01.2001

Die Stellungnahme von Herrn Schneider ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Herr Bürgermeister Stötzel nimmt zunächst Bezug auf die Kritik über die späte Zusendung der Stellenplanunterlagen. Es ist Ziel der Verwaltung, diese zukünftig mit dem Haushaltsentwurf vorzulegen. Er macht auf die Problematik der sich gegenläufig entwickelnden Kosten im Personaletat und im Verwaltungshaushalt aufmerksam und sieht mittelfristig einen Lösungsansatz nur in der Reduzierung von Standards bzw. Angeboten. Diesbezüglich ist jedoch eine differenzierte Betrachtung der Einzelfälle erforderlich.

Zur Schulsozialarbeit hält er fest, dass in Anbetracht der Notwendigkeit der Aufgabe entschieden werden muss, wie und in welchem Umfang diese künftig durchführbar ist. Er ist zuversichtlich, bis zu den Sommerferien eine Lösung zu finden. Um die Handlungsfähigkeit zu erhalten wird es notwendig sein, die Leistungen im sozialen Bereich und die freiwilligen Leistungen in ein vertretbares Verhältnis zueinander zu bringen.

---

Schulsozialarbeit

Für Herrn Dr. Holzäpfel ist die Notwendigkeit dieses Angebotes unbestritten, die Frage der künftigen Realisierung aber noch nicht geklärt. In den zurückliegenden Diskussionen wurde deutlich, dass in einer neuen Verwaltungsvorlage die Möglichkeiten aufgezeigt werden sollen. Da diese Unterlagen noch nicht vorliegen, sieht er heute keinen Handlungsbedarf.

Herr Dr. Rohr erläutert, dass unter dem Begriff der Schulsozialarbeit keine Hausaufgabenbetreuung zu verstehen ist, sondern vielmehr verschiedene qualifizierte Angebote im Grenzbereich zu den gesetzlich normierten Erzieherischen Hilfen nach KJHG mit einer besonderen Zielgruppe. Diese Aufgaben können nur von qualifizierten Fachkräften geleistet werden, nicht aber von ehrenamtlichen oder geringfügig Beschäftigten. Eine Verlagerung zu den Freien Trägern wäre mit dem gleichen Kostenaufwand verbunden. Weitere inhaltliche Ausführungen sind der Vorlage Nr. 724/00 zu entnehmen. Er ist der Meinung, dass vor dem Hintergrund der Planungssicherheit für die Beschäftigten und im Interesse des Wohls der Kinder kurzfristig eine Entscheidung getroffen werden sollte. Der Fachausschuss hat sich bereits zwei mal eingehend mit der Thematik befasst und empfohlen, die zeitliche Befristung aufzuheben.

Herr Dr. Holzäpfel hält fest, dass die genannte Vorlage keinen Lösungsvorschlag enthält und daher in dieser Sitzung keine Entscheidung getroffen werden kann. In Anerkennung der zeitlichen Probleme muss ggf. eine Sondersitzung anberaumt werden. Er beantragt die Vertagung des Themas.

Herr Löwenberg ist der Meinung, dass die Probleme in der Vorlage Nr. 724/00 explizit aufgezeigt werden. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert, schnellstmöglich eine Entscheidung zu treffen.

Frau Bialowons-Sting hält ebenfalls eine kurzfristige Entscheidung für notwendig.

Herr Bürgermeister Stötzel merkt an, dass die Schulsozialarbeit professionell in den Jugendzentren angesiedelt ist. Daneben werden zahlreiche Aufgaben von Honorarkräften durchgeführt. Für einen Entscheidungsvorschlag ist zunächst eine verwaltungsinterne Abstimmung erforderlich.

Herr Schneider fordert die Verwaltung auf, bis zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses bzw. des Rates eine Vorlage zu unterbreiten. Er betont, dass die SPD-Fraktion ihr Votum zum Stellenplan davon abhängig macht.

Herr Dr. Holzäpfel fasst zusammen, dass sich die Verwaltung bemühen wird, dem Anliegen der SPD-Fraktion Rechnung zu tragen. Er wiederholt seinen Antrag, die Entscheidung zurückzustellen, bis dem Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung eine entsprechende Vorlage vorliegt, in der auch die Folgen der Beschlussempfehlungen der anderen Ausschüsse dargestellt werden.

#### **Abstimmung über den Vertagungsantrag:**

Die Entscheidung über die Fortführung der Schulsozialarbeit in den Kinder- und Jugendeinrichtungen über den 31.07.2001 hinaus und die damit verbundene Ausweisung der entsprechenden Stellen im Stellenplan wird vertagt, bis dem Ausschuss



für Personal, Organisation und Frauengleichstellung eine Verwaltungsvorlage zu dieser Thematik vorliegt, die u. a. die Folgen der Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses und des Ausschusses für Schul- und Bildungswesen aufzeigt.

**Abstimmungsergebnis: 7 Stimmen dafür (CDU), 6 Stimmen dagegen (SPD, GRÜNE, UWG)**

Herr Gierlich merkt an, dass bei den Gesamtpersonalkosten keine Einsparung, sondern eine kontinuierliche Steigerung festzustellen ist, die nicht den Orientierungsdaten des Innenministers entspricht. Die CDU-Fraktion beantragt daher, die Personalkosten auf 107 Mio. DM zu begrenzen.

Bei der Neubewertung von Stellen ist er der Auffassung, dass nicht nur eine punktuelle Betrachtung des Einzelfalls erfolgen sollte, sondern die in der jeweiligen Gruppe oder Abteilung insgesamt anfallenden Tätigkeiten Berücksichtigung finden sollten.

Die CDU-Fraktion vertritt weiterhin die Auffassung, so Herr Mues, dass die Stelle des Historikers/der Historikerin erforderlich ist. Angesichts der Finanzsituation sollte jedoch bis auf Weiteres auf eine Besetzung verzichtet werden.

Herr Schneider beantragt namens der SPD-Fraktion, eine zweite Ausbildungsstelle für den Beruf des Informationskaufmanns/der Informationskauffrau zur Verfügung zu stellen.

Frau Nauck kann die Unentschlossenheit bei der Besetzung der Historikerstelle nicht nachvollziehen.

Frau Bialowons-Sting bemängelt, dass die Stellenumwandlungen überwiegend im höheren Besoldungsbereich vorgenommen werden sollen. Bezug nehmend auf die Teilung des Fachbereichs 8 ist nach Auffassung der UWG-Fraktion eine externe Untersuchung angebracht. Bei einer internen Untersuchung befürchtet sie mangelnde sachliche Distanz.

Frau Schwarz-Schumann weist darauf hin, dass ein vorläufiger Verzicht auf die Besetzung der Historikerstelle auch zur Folge hat, dass keine Honorarkräfte beschäftigt und Aufgaben teilweise nicht erledigt werden können.

Herr Lehmann beantwortet die im Verlauf der Aussprache gestellten Fragen zu einzelnen Positionen.

Für Herrn Löwenberg ist die Teilung des Fachbereichs 8 nicht nachvollziehbar, zumal damit keine Einsparungen erzielt werden können. Seines Erachtens hat sich die Leitungsspanne in der oberen Ebene nicht vergrößert, sondern vielmehr in die unteren Ebenen verlagert. Er fordert, verstärkt Arbeitsgruppen einzusetzen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird dem Stellenplan nicht zustimmen.

**Abstimmung über die gestellten Änderungsanträge:**

**Antrag der SPD-Fraktion:**

Im Jahr 2001 wird eine weitere Ausbildungsstelle für den Beruf Informatikkauffrau/ Informatikkaufmann bereitgestellt.

**Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (4 Stimmen dafür, SPD),  
1 Enthaltung**

---

**Antrag der SPD-Fraktion**

Die Aufteilung des Fachbereichs 8 wird nicht vorgenommen.

**Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (CDU)**

---

**Antrag der CDU-Fraktion**

Der Personalkostenetat für das Jahr 2001 wird auf 107 Mio. DM begrenzt. Darüber hinaus wird eine einjährige Beförderungssperre für die Besoldungsgruppen A 10 bis A 16 verhängt.

**Abstimmungsergebnis:** Mehrheitlich dafür (Gegenstimmen SPD, GRÜNE, UWG)

---

**Antrag der CDU-Fraktion**

Die Stelle Nr. 02 22 0000 015 - Historiker/in - wird bis auf weiteres nicht besetzt.

**Abstimmungsergebnis:** Mehrheitlich dafür (Gegenstimme GRÜNE)

---

**Beschlussvorschlag (mit Änderungen):**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt den Stellenplan 2001 und die Fortschreibung des mittelfristigen Ausbildungsstellenplanes für den Zeitraum 2001 - 2005 unter Berücksichtigung folgender Änderungen:

Der Personalkostenetat für das Jahr 2001 wird auf 107 Mio. DM begrenzt. Darüber hinaus wird eine einjährige Beförderungssperre für die Besoldungsgruppen A 10 bis A 16 verhängt.

Die Stelle Nr. 02 22 0000 015 - Historiker/in - wird bis auf weiteres nicht besetzt.

Beratungsergebnis: 7 Stimmen dafür (CDU), 1 dagegen (GRÜNE),  
5 Enthaltungen (SPD, UWG)

4. AfPOF 13.02.2001